

150.000 Euro für Beratungsstelle "Sophie"

Ab 2009 ist auch eine Dreijahresförderung für den Verein geplant - Gemeinderätin Straubinger für mehr Polizei gegen illegale Sexarbeit

Im Wiener Gemeinderat wurden am Mittwoch 150.000 Euro an Förderungen für die Beratungseinrichtung für Prostituierte SOPHIE im 15. Bezirk beschlossen. "Das Angebot umfasst dort psychosoziale Beratung, Unterstützung und Begleitung in verschiedenen Sprachen sowie Beratung bei Schulden, Versicherungsfragen und Fragen der Registrierung bis hin zu Aufenthalt, Arbeitsmarktzugang, Gewalt, Gesundheit, Sexualität und Wohnen, aber auch zum Umstieg und berufliche Neuorientierung", so Gemeinderätin Sybille Straubinger.

Dieses Projekt sei eine ideale Ergänzung zu den bereits bestehenden Angeboten wie zum Beispiel dem STD-Ambulatorium oder Vereinen wie LEFÖ. Ab 2009 ist auch eine 3-Jahresförderung für den Verein geplant, die der niederschweligen Beratungseinrichtung eine längerfristige Planung ermöglicht.

Mehr Polizei gegen illegale Sexarbeit

Grundsätzlich sei das Problem Prostitution auf zwei Ebenen zu sehen, so Straubinger: Auf der rechtlichen Ebene regle das Wiener Prostitutionsgesetz, unter welchen Voraussetzungen Prostitution legal ist. Illegale Prostitution zu bekämpfen sei Aufgabe der Polizei, die, auch in Zusammenarbeit mit den Behörden immer wieder Kontrollen in den entsprechenden Grätzeln und Lokalen durchführe: "Wien braucht aber auch dafür endlich mehr Polizisten," forderte Straubinger.

Soziale Ebene

"Auf der sozialen Ebene geht es zum einen um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Prostituierten, aber auch um die Bevölkerung, die sich durch Prostitution und damit zusammenhängende Probleme wie Lärm belästigt fühlt," betonte die Gemeinderätin. Zu wenig bekannt sei offenbar, "dass es eine Anzeigemöglichkeit gibt, wenn man von einem Freier belästigt wird."

Straubinger verwies auch auf das von Frauenstadträtin Sandra Frauenberger initiierte "Hauptstädtescreening", das erhebt, wie andere europäische Hauptstädte diesen Problematik zu lösen versuchen.

Kein Gegeneinander Auspielen

Für die Bevölkerung sei jedenfalls die Beratungsstelle SOPHIE ebenso eine Ansprechpartnerin wie für die Prostituierten, darüber hinaus gebe es auch StreetworkerInnen und Projekte wie SAM, die Hilfe leisten. "Wesentlich ist bei diesem Thema, Bevölkerungsgruppen nicht gegeneinander auszuspielen, weil das die bestehenden Probleme nicht löst", schloss Straubinger. (red)

Links

[SOPHIE Bildungsraum für Prostituierte](#)

[Grüne Kritik an der Einjahresförderung](#)